

Wie unsere Parteiorganisation im VEB Transformatorenwerk Oberschöneweide die Aussprache mit SPD-Genossen organisiert

Unter den Werktätigen des Transformatorenwerkes Oberschöneweide (VEB) befinden sich auch viele SPD-Genossen. Unsere Betriebsparteiorganisation trägt eine große Verantwortung für die Herstellung eines festen Vertrauensverhältnisses zwischen den Genossen unserer Partei und den SPD-Genossen. Das ist jetzt um so dringender notwendig, da die Bereitschaft zur Aktionseinheit unter den SPD-Genossen ständig wächst.

Wir untersuchten in der Parteiorganisation die bisherigen Ergebnisse unserer Gespräche und Diskussionen mit den SPD-Genossen. Dabei stellten wir fest, daß der größte Teil der SPD-Genossen — im Betrieb arbeiten 20 uns bekannte SPD-Genossen — durchaus zu Aussprachen bereit sind. Dabei erkannten wir jedoch auch als ernste Schwäche unserer Parteiorganisation, daß sektiererische Stimmungen noch nicht völlig überwunden werden konnten. Deshalb war die Arbeit zur Herstellung der Aktionseinheit auch nicht Angelegenheit der gesamten Parteiorganisation, sondern nur Aufgabe einzelner Genossen. Die Folge wiederum war, daß sich der Kreis der an den Aussprachen beteiligten SPD-Genossen nicht wesentlich erweiterte.

In einer Sitzung der Parteileitung, an der auch die Sekretäre der Grundorganisationen teilnahmen, wurden konkrete Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeit unter den SPD-Genossen gefaßt.

1. Durchführung von Mitgliederversammlungen in den acht Grundorganisationen mit dem Thema „Aktionseinheit“. Als Leitfaden dieser Versammlung wurden die Worte Stalins in seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“ genommen:

„Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen.“

In diesen Versammlungen wurde dem größten Teil unserer Genossen klar, daß der Frieden erhalten und gefestigt werden kann, wenn die Kraft und die Energie der werktätigen Massen aller Länder sich zu einem gewaltigen Strom, zu einer einheitlichen Aktion für den Frieden vereinigen.

2. Die Genossen der Parteileitung sowie die Genossen Sekretäre der Grundorganisationen wurden verpflichtet, mit den ihnen namentlich benannten SPD-Genossen in Verbindung zu treten. Weiterhin wurden unsere Genossen verpflichtet, der Parteileitung wöchentlich Bericht zu erstatten. Unsere Genossen nehmen auch an den jetzt 14tägig stattfindenden Tischgesprächen mit den SPD-Genossen teil.

3. Die Genossen Agitatoren wurden beauftragt, die SPD-Genossen geduldig aufzuklären und so ihr Vertrauen zu uns ständig zu festigen.

Unsere vorübergehende Analyse hatte ergeben, daß das Vertrauen der SPD-Genossen zu unseren Grundorganisationen durch einige Fehler — zum Beispiel durch Absetzen von verantwortlichen Funktionären — sehr geschwächt worden war. Unsere Aufgabe mußte es sein, das Vertrauen mit allen Kräften wieder zu festigen.

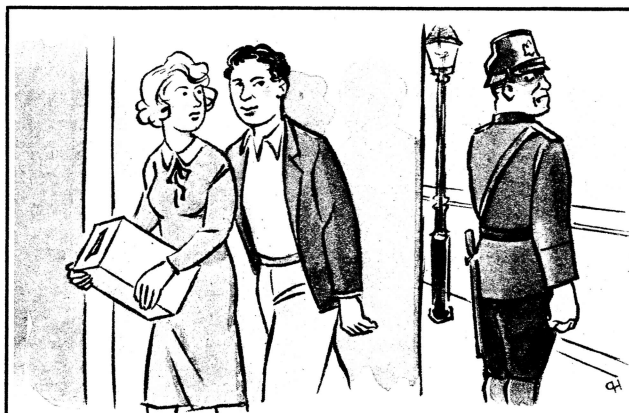
Diese jetzt von der gesamten Parteiorganisation übernommene Aufgabe wirkte sich zusehends aus. Die Gespräche wurden lebhafter und offener geführt. Die SPD-Genossen kamen mit ihren betrieblichen Sorgen heraus und zeigten sich bereit, mitzuarbeiten. Ein SPD-Genosse bildete zum Beispiel in seiner Abteilung ein Friedenskomitee, in dem 90 Prozent der Kollegen der Abteilung aktiv mitarbeiten

wollen. Sechs SPD-Genossen verpflichteten sich, die gesamte Belegschaft des Betriebes durch ein gemeinsam verfaßtes und unterzeichnetes Flugblatt aufzufordern, sich geschlossen an der 1.-Mai-Demonstration zu beteiligen.

Führten wir die Tischgespräche vorher während der Arbeitszeit durch, so sind die SPD-Genossen und einige Westberliner Kollegen durch die organisierte, individuelle Betreuung heute schon bereit, nach Arbeitsschluß mit uns über die verschiedensten Fragen zu diskutieren. So handelten wir die Volksbefragung in drei Besprechungen. Die SPD-Genossen erklärten sich bereit, mit uns gemeinsam einen Aufruf — in Form eines Flugblattes — an die gesamte Belegschaft herauszugeben, in welchem die Kollegen aufgefordert werden, aktiv für die Erhaltung des Friedens einzutreten und bei der Volksbefragung mit „Ja“ zu stimmen.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, das Vertrauen zu den SPD-Genossen unentwegt zu festigen, um die Aktionseinheit weiter zu fördern.

Reinhold Kadzinski



Das Adenauer- und Reuter- Verbot der Volksbefragung unwirksam machen!

Einige junge Friedensfreunde aus Mülheim/Ruhr überlegten sich, wie sie mithelfen könnten, die Abstimmung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951 zu einem vollen Erfolg zu machen. Aus einem Schuhkarton fertigten sie eine behelfsmäßige Urne an und zogen dann mit einem Päckchen Stimmzettel „bewaffnet“ los. Bei der ersten Familie, die sie besuchten, ließen sie die Urne versiegeln und durch die Unterschrift auf einem Protokoll bestätigen, daß sie leer und ordnungsgemäß unter Zeugen versiegelt wurde*. Dann klapperten sie alle Familien einer Straße ab, ließen die Menschen abstimmen und schließlich von der letzten Familie die Urne öffnen und die Stimmen auszählen. Bann hielten sie das ausgezählte Ergebnis wiederum auf dem Protokoll fest und ließen es durch Unterschrift bestätigen.

Aus „Freies Volk“, Zentralorgan der KPD, v. 11. 5. 1951.